

## Antrag

**der Abgeordneten Steffen Kotré, Enrico Komning, Hansjörg Müller, Dr. Heiko Heßenkemper, Karsten Hilde, Marc Bernhard, Siegbert Droese, Nicole Höchst, Jörn König, Dr. Dirk Spaniel und der Fraktion der AfD**

### **Einfach frei leben – Staatssozialismus verhindern, Demokratie und Wohlstand retten**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Great Reset steht für eine öko-sozialistische Planwirtschaft. Durch die angestrebte, zunehmende planwirtschaftliche Prägung unserer Gesellschaft wird unsere soziale, mittelstandsorientierte Marktwirtschaft, unser Wohlstand und letztlich die freiheitlich demokratische Grundordnung gefährdet. Der Great Reset reiht sich damit ein in vergleichbar ausgerichtete Bestrebungen, wie beispielsweise den Europäischen Green Deal, die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank oder das Pariser Klimaschutzabkommen.

Der Great Reset soll zu einer Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft führen, in dem der Staat mehr Einfluss auf Unternehmen und Bürger nimmt.<sup>1</sup> Das bedeutet eine weitere Aushebelung der Sozialen Marktwirtschaft und eine Hinwendung zu einem Staatskapitalismus mit gelenkter Wirtschaft. Die führenden Protagonisten des Great Reset wollen eine Verstärkung staatlicher Initiativen für Innovation, Wissenschaft und Technologie, doch nur solcher, die in ihren Augen gewünscht, also entsprechend eines Green Deal sind. Als Folge dessen würden gesellschaftliche Triebfedern wie Wettbewerb, Innovation und unternehmerische Freiheit eingeschränkt, gerade kleine Unternehmen und der Mittelstand damit ihrer Stärken beraubt. Produktivitätssteigerung, Wirtschaftswachstum und Wohlstandsmehrung können nur wirtschaftliche und gesellschaftliche Akteure sichern, die nicht gegängelt werden. Doch im Zuge des Great Reset sind folgende Bevormundungen vorgesehen: Sogenannte Klimaschutzmaßnahmen, übertriebene ökologische Auflagen, umweltschädliche Energiewende, politische Einflussnahme, Quoten und außerhalb der wirtschaftlichen Tätigkeit liegende Dokumentations- und Auskunftspflichten sollen die freie unternehmerische

---

<sup>1</sup> Folgt man dem Vorschlag des Weltwirtschaftsforums (WEF), dann stellt die COVID-19-Pandemie eine günstige Gelegenheit dar, möglichst wirkungsvoll einen globalen wirtschaftlichen Aufschwung und die zukünftige Richtung der weltweiten Beziehungen, Volkswirtschaften und Prioritäten zu gestalten. ([https://de.wikipedia.org/wiki/The\\_Great\\_Reset](https://de.wikipedia.org/wiki/The_Great_Reset)), „Zum ersten Mal seit der Ära des Thatcherismus hätten die Regierungen wieder die Oberhand“. Auf der Skala „zwischen Regierung und Märkten hat sich die Nadel entschieden nach links bewegt“, heißt es gemäß dem Buch „COVID19: Der große Umbruch“ von Klaus Schwab und Thierry Malleret, Genf 2020. Kurz gesagt: „Die großen ideologischen Klammern des Great Reset sind: „Klima-Wandel, Wirtschaftsreformen, Geschlechtergleichheit und LGBTQ-Recht.“ Zusammengefasst: Globale Konzern-Herrschaft und neomarxistische Kulturrevolution.“ ([www.freiewelt.net/blog/der-totalitarismus-aus-davos-was-ist-die-agenda-des-great-reset-10083892/](http://www.freiewelt.net/blog/der-totalitarismus-aus-davos-was-ist-die-agenda-des-great-reset-10083892/))

Freiheit stärker als ohnehin belasten und einschränken. Überproportional betroffen wären kleine und mittlere Unternehmen, die dadurch gegenüber großen Unternehmen und multinationalen Konzernen benachteiligt werden.

Eine Betrachtung der im Zusammenhang mit dem Great Reset stehenden Maßnahmen zeigt, dass beispielsweise in den Politikfeldern Mittelstandspolitik, Strukturpolitik, Energiepolitik und Industriepolitik bereits eine benachteiligende Gesetzgebung durch die Bundesregierung erfolgte, die im Zuge des Great Reset noch verstärkt werden würde.

Im Politikfeld Mittelstand führt die europäische Verordnung zu den Sorgfaltspflichten in der Lieferkette ((EU) 2017/821)<sup>2</sup> aus dem Jahre 2017 und das deutsche Lieferkettengesetz der Bundesregierung (BT-Drs.19/28649)<sup>3</sup> zu einer steigenden Bürokratiebelastung. Kleine und mittelständische Unternehmen werden dadurch besonders belastet, weil sie wegen ihrer begrenzten Mitarbeiterressourcen keinen vergleichbaren bürokratischen Apparat wie die großen multinationalen Konzerne vorhalten können. Hieraus entsteht ein Wettbewerbsnachteil zu Lasten der mittelständischen Wirtschaft.

Im Politikfeld Strukturpolitik führen ökologische oder genderspezifische Anforderungen in Richtlinien zur Stärkung strukturschwacher Regionen zum genauen Gegenteil. Sie verhindern durch Bürokratisierung und sachfremden Mehraufwand wachstumsförderliche Investitionen in diesen Regionen und wirken so wachstumshemmend auf die Entwicklung der zu fördernden Regionen.<sup>4</sup> Die Erfüllung des eigentlichen Zieles wird somit konterkariert.

Im Bereich der Energiepolitik führen steigende Strompreise, die auf die Energiewende zurückzuführen sind und die damit einhergehende Abschaltung von Kohlekraftwerken, Atomkraftwerken und die Hochsubventionierung „grüner“ Energien, mit Umverteilungsfunktion von Arm zu Reich, zu einer unverhältnismäßig starken Belastung der Bürger und der Unternehmen. Der Themenbereich Future of Energy des Great Reset soll vergleichbar zur Ideologie des Green Deal eine globale Energiewende einleiten mit dem Ziel der Erfüllung der Pariser Klimaschutzziele, was u. a. den Übergang der privatwirtschaftlich geführten Energiewirtschaft in eine staatliche Lenkung mit planwirtschaftlicher Ausprägung weiter forcieren wird. Der Themenbereich „Batteries“ steht z. B. für die alternativlose Herstellung von Batterien zum Erreichen des Transformationsprozesses des Mobilitätssektors vom Verbrennungsmotor zur Elektromobilität und einer weltweit funktionierenden Telekommunikation mit dem 5G Standard unter Berücksichtigung der Beachtung von unwirksamen, aber hoch bürokratischen Menschenrechtsauflagen und Umweltstandards bei der Rohstoffgewinnung vor. Die Vorschriften behindern in Summe die betroffenen wirtschaftlichen Akteure und Unternehmen oder zerstören ihr Geschäftsmodell. Es werden hochsubventionierte Geschäftsmodelle unterstützt und Volksvermögen vernichtet. Für die deutsche Automobil- und Exportwirtschaft entstehen erhebliche Wettbewerbsnachteile, die international anerkannte deutsche Spitzentechnologie der Individualmobilität mit Verbrennungsmotor mit hoher Wertschöpfung und hohen Anteilen am Weltmarkt wird leichtfertig geopfert. Damit einher gehen massive Arbeitsplatzverluste, besonders bei den vielen mittelständischen Zulieferbetrieben.

Im Politikfeld Industriepolitik gefährden fehlende Rahmenbedingungen zum Betrieb digitaler Plattformen und zur Forschung im Bereich Kreislaufwirtschaft die zukünftige Wertschöpfung unseres Landes. Die dem Great Reset zuzuordnenden Themenbereiche

<sup>2</sup> Verordnung (EU) 2017/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 zur Festlegung von Pflichten zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette für Unionseinführer von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32017R0821&from=DE>

<sup>3</sup> Debatte [www.bundestag.de/mediathek?videoid=7516674#url=L211ZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTE2Njc0&mod=mediathek](http://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7516674#url=L211ZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTE2Njc0&mod=mediathek) BT-Drucksache 19/28649

<sup>4</sup> Verwiesen sei beispielsweise auf „Das SDG-Mapping der KfW Bankengruppe - Hintergrundinformationen und Methodikerläuterung“ vom 20. September 2019; [www.kfw.de/nachhaltigkeit/Dokumente/Sonstiges/SDG-Methodenpapier-DE-EN.pdf](http://www.kfw.de/nachhaltigkeit/Dokumente/Sonstiges/SDG-Methodenpapier-DE-EN.pdf)

„Digital Economy and New Value Creation“ und „Circular Economy“ verkörpern eine Ideologie, die eine umfassende planwirtschaftliche Umgestaltung der Wirtschaft vorsehen. Der Themenbereich „Digital Economy and New Value Creation“ gibt planwirtschaftlich einen Anteil von 70 % der Wertschöpfung zukünftig bei digitalen Plattformen vor. Das heißt nicht Unternehmen, die im Wettbewerb stehen, bestimmen die Entwicklung, sondern Planwirtschaftler, die Sollvorgaben erfüllen wollen. Profitieren werden vor allem die praktisch marktbeherrschenden großen Internetunternehmen. Insgesamt ergibt sich eine wettbewerbsverzerrende Ausgrenzung marktgetriebener Lösungen und eine Subventionierung weniger wettbewerbsfähiger Lösungen und damit eine Vernichtung von Wohlstandspotential. Der Themenbereich „Circular Economy“ steht für eine weltweite ideologisch geprägte Kreislaufwirtschaft, so sinnvoll eine effektive, pragmatische Lösung, z. B. die Entwicklung von Recycling-Techniken, in diesem Bereich auch sonst wäre. Beide Themenbereiche wirken sich negativ auf kleine und mittlere Unternehmen aus, da sie durch bestehende multinationale Digitalkonzerne ausgebremst werden können. Ein Ausweichen auf eine nationale Lösung wäre nicht möglich. Die Formate oder Rahmenbedingungen für bestehende Geschäftsmodelle deutscher Unternehmen werden durch die Plattformanforderungen multinationaler Digitalkonzerne vorgegeben. Für die Realisierung des Themenbereiches „Circular Economy“ ist neben einer möglichen Einschränkung vorhandener Geschäftsmodelle durch multinationale Digitalunternehmen die technologieoffene Erzeugung von Strom entscheidend. Der Strombedarf für eine weltweite Kreislaufwirtschaft ist immens und kann nicht wirtschaftlich vertretbar durch die ineffiziente instabile Windenergie und Sonnenenergie gedeckt werden. Die fehlende Technologieoffenheit bei der Stromerzeugung und die Marktfeindlichkeit in Form eines fehlenden Wettbewerbes in der Digitalbranche zeigen, wie der Great Reset dem Standort Deutschland schadet.

Es ist zu beobachten, dass einige politische Akteure den Einfluss nicht demokratisch legitimierter internationaler Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Agenturen und demokratisch nicht legitimierten Behörden in die wesentlichen politischen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen immer mehr einbinden wollen. Dies bedeutet eine schleichende Abkehr vom Parlamentarismus, von der Verantwortlichkeit der gewählten Volksvertreter in den Parlamenten. Damit widerspricht es dem Grundgesetz und den darin enthaltenen grundgesetzlichen Rechten der Wähler.<sup>5</sup>

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. alle staatsdirigistischen Bestrebungen zu verhindern, die über die notwendige Rahmensetzung der Sozialen Marktwirtschaft hinausgehen, insbesondere diejenigen, die mit sogenannten Klimaschutzmaßnahmen, übertriebenen Umweltauflagen, Quotenvorschriften, sogenannter Nachhaltigkeit oder Ähnlichem begründet werden,
2. staatlich subventionierte Innovationen, Wissenschaft und Technologie mit dem Ziel der Umsetzung der Agenda des Great Reset, zu unterlassen.
3. wettbewerbsbenachteiligende Regelungen und Bestimmungen, die der deutschen und der mittelständischen Wirtschaft schaden, zu beseitigen, um Mittelstand und Macher zu fördern, statt sie zu gängeln,
4. eine wirksame Förderung von Investitionen in strukturschwachen Regionen zu ermöglichen und wachstumshemmende Bürokratie zu entfernen, um Leistung und Mut wieder zu belohnen,

---

<sup>5</sup> Verwiesen sei hier beispielsweise auf den Nachhaltigkeitsrat oder den Umweltrat, die beide aus Vertretern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bestehen und regierungsnahen Themen in die Gesellschaft tragen.; [www.nachhaltigkeitsrat.de/](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/); [www.umweltrat.de/DE/Home/home\\_node.html](http://www.umweltrat.de/DE/Home/home_node.html)

5. die deutschen Unternehmen vor allen wettbewerbsbenachteiligenden Regulierungen und Verordnungen basierend auf der Ideologie des Great Reset, zu schützen,
6. die Unternehmensfeindlichkeit und fehlende Technologieoffenheit des Great Reset als fundamentalen Konstruktionsfehler anzuerkennen und Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland derart zu schaffen, sodass unsere Soziale Marktwirtschaft und unser Wohlstand vor den daraus folgenden destruktiven Auswirkungen geschützt ist,
7. die Einbindung demokratisch nicht legitimer Akteure und Organisation in legislative Prozesse sofort zu beenden und auch zukünftig, zu verhindern bzw. auch darauf in allen hierfür relevanten Gremien, auch außerhalb des Gesetzgebungsbereichs des Deutschen Bundestages, hinzuwirken.

Berlin, den 30. April 2021

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**